Ä176 Aus alt mach neu: Kohle und Strukturwandel

Antragsteller*in: Martin Kündiger

Text

In Zeile 856 einfügen:
Auch weil der längst überfällige Strukturwandel in der Lausitz fahrlässig auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Wandel in der Energiepolitik dringend geboten. Durch die Verschleppung von echten Lösungen ist bei Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen an und in den Kohlegruben eine große Verunsicherung entstanden. Wir wollen einen klaren Kohleausstiegsfahrplan mit fairen Entschädigungen und neuen Chancen für die Betroffenen. Die Energieerzeugung aus Braunkohle ist in Brandenburg von einem Segen zu einem Fluch geworden. In der Vergangenheit wurden Schäden durch den Braunkohleabbau in Kauf genommen, auch weil scheinbar keine anderen preiswerten Energiequellen zur Verfügung standen. Die Hoffnungen auf Reichtum in der Lausitz haben sich jedoch nur für sehr wenige erfüllt.(ohne weitere Beschreibung wirkt das etwas verloren oder mißverständlich, Personen/konzerne?) Nicht nur die Lausitzer Landschaft wurde verwüstet, die Tagebaue gefährden zunehmend auch die Trinkwasserversorgung der gesamten Region. Auch die Kosten für die Rekultivierung steigen unaufhörlich und können wahrscheinlich vom Betreiber gar nicht im nötigen Umfang erbracht werden.

In Zeile 861:
Wir wollen die potentiell verschwindenden Industriearbeitsplätze in der Braunkohle-wirtschaft durch vergleichbare Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien ersetzen. Ein klarer Zeitplan hilft, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zur Umsetzung braucht man nicht nur Geld, sondern auch ein Team, welches mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist. Je eher damit begonnen und ein finales Datum definiert wird, umso erfolgreicher kann der Prozess gestaltet werden. Im Lausitzer Revier sind aktuell rund 8.280 Menschen (Jahreszahl?) im Verstromungssektor von Braunkohle beschäftigt (Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., 2017). Ergebnisse einer RWI-Studie (hat Studiennennung einen Vorteil? RWI als Abkürzung dürfte nur den Energieexperten bekannt sein) zeigen, dass insbesondere das Lausitzer Revier zum Sorgenkind des bevorstehenden Strukturwandels geworden ist und enge Begleitung braucht. Dort liegt der Anteil der von der Braunkohle abhängigen Jobs bei 3,3 Prozent[Leerzeichen]aller dort sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Von Zeile 864 bis 866:
~~Der~~Ein Steuerungskreis soll einen Masterplan für die zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Dieses Gremium setzt sich aus Vertretern aus der Region (iRL WRL) - in Klammer ausschreiben), der Politik (Bund, Land Sachsen, Land Brandenburg) und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

Handlungsfahrplan für die Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erstellen (Überschrift?)

Der Steuerungskreis erarbeitet – in enger Abstimmung mit allen weiteren Akteuren in der Lausitz – ein zentrales, strategisches Referenzdokument (Masterplan) sowie einen entsprechenden ~~Prozess~~Zeitplan (Roadmap). Dieser muss mit übergeordneten politischen Prozessen verzahnt werden. Ein solches Dokument dient den vielfältigen Akteur*innen in der Region als Leitfaden für ihr künftiges Handeln.

In Zeile 868 einfügen:
Die Geschäftsstelle soll entlang der Vorgaben des Steuerungskreises den Masterplan formulieren und ausarbeiten. Sie koordiniert und überwacht die Umsetzung in den verschiedenen Projekten und Initiativen. Gleichzeitig soll sie jährlich über den Umsetzungsstand Bericht gegenüber den Landtag erstatten. Aufgaben der Geschäftsstelle sind insbesondere:

In Zeile 877:
Grundsätzlich sollte der regionale Finanzierungsfonds komplementär zu Förderangeboten ~~des Landes und~~ des Landes,des Bundes und der EU wirken.

Was noch aufgenommen werden könnte:
-landeseigene Institutionen in die Lausitz legen; auch beim Bund darauf drängen
-Ansiedlung neuer Technologien, um Standort als Industriestandort zu erhalten (z.B. Tesla, Batteriewerk, Speichertechnologien etc.)
-Förderung Bund: ICE Strecke ausbauen, Autobahn anpassen (wahrscheinlich eher wenige ralsGrüne :-)
-Uni Standort besser unterstützen, Ausrichtung auf Erneuerbare, alternative Konzepte weiter fördern, ggf. Lehrerausbildung dort ansiedeln